

Rezension

DOI 10.1007/s00730-010-0299-7

Lenzhofer Stephan: Die Parteienfinanzierung in Österreich. 211 Seiten. Springer, Wien/NewYork 2010. € 64,95.

Lenzhofer, Politikwissenschaftler und promovierter Jurist, ist bereits mehrfach als Verfasser einschlägiger rechtswissenschaftlicher Publikationen zu den rechtlichen Aspekten der Demokratie und des Parteiwesens in Erscheinung getreten.

Mit der nun vorliegenden Veröffentlichung seiner Dissertation hat er eine bestehende Lücke der rechtswissenschaftlichen Betrachtung des staatlichen Subventionswesens, nämlich den Bereich der Parteienförderung auf Bundesebene, systematisch geschlossen.

Der erste, allgemeine Teil führt den Leser zu den Grundproblemen und Regelungserfordernissen der Parteienfinanzierung und eröffnet interessante, auch grenzüberschreitende, Perspektiven. Dieser Abschnitt bietet eine spannende Einführung in dieses von der Literatur bislang kaum beachtete Rechtsgebiet und vermittelt die demokratie- und rechtspolitische Tragweite der Parteienfinanzierung. Neben der Darlegung des europa-, verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Rahmens des Parteienfinanzierungssystems beinhaltet dieser Teil auch eine auf das zum Verständnis der einfachgesetzlichen Lösungsansätze Notwendige beschränkte Erörterung politikwissenschaftlicher Fragenkreise der Parteienfinanzierung, wie etwa dem der „Entscheidung der Parteien in eigener Sache“. *Lenzhofer* gibt auch einen Überblick über die internationalen Richtlinien- und Regelwerke, die Antworten auf diese Fragen zu geben versuchen.

Im zweiten Teil widmet sich *Lenzhofer* ausführlich den einfachgesetzlichen Grundlagen der Parteienfinan-

zierung in Österreich, nämlich dem PartG, KlubFG und PubFG. Im Einzelnen stellt er die gesetzlichen Anspruchsg Grundlagen und –voraussetzungen, Berechnungsmodalitäten und Kontrollmechanismen der Förderregimes dieser Materiengesetze dar. Besonderes Augenmerk schenkt *Lenzhofer* verschiedenen, vom Gesetzgeber nicht ausdrücklich geregelten Tatbeständen mit parteienfinanzungsrechtlichen Implikationen, wie etwa den Konsequenzen der Abspaltung von Abgeordneten während einer Legislaturperiode, und präsentiert nach gründlicher Beleuchtung der einschlägigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs rechtswissenschaftlich fundierte Lösungen.

Im Anhang veröffentlicht *Lenzhofer* die aktuellen offiziellen Zahlen zu den gesetzlich geregelten Arten der Parteienförderung sowie die letzten Rechenschaftsberichte der Parteien.

Das Werk besticht durch seine übersichtliche Gliederung sowie durch Klarheit und Präzision. *Lenzhofer* setzt sich darin mit allen praktisch relevanten Aspekten des Rechts der Parteienfinanzierung auseinander und stellt diese systematisch und leicht verständlich dar. Politisch interessierten Rechtswissenschaftlern, aber auch Politikwissenschaftlern, Praktikern und Parteifunktionären bietet dieses Werk einen gut strukturierten und umfassenden Einblick in das geltende Parteienfinanzierungsrecht.

Aufgrund der Aktualität sowie der demokratiepolitischen Bedeutung des Themas und der hervorragenden Darstellung durch den Autor kann dieses Werk als Standardwerk im Bereich der Parteienförderung und -finanzierung des Bundes gelten und sollte in keiner gut sortierten juristischen Bibliothek fehlen.

Georg Rihs